



Projekt „Steuergesetzbuch“ läuft

Unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft haben sich zehn Professoren und Politiker aus verschiedenen Parteien zusammgefunden, um einen konkreten Gesetzestext für eine umfassende Steuerreform in Deutschland zu entwickeln.



Vorsitzender der Lenkungsgruppe: Prof. Joachim Lang.

Wesentliche Ziele sind die Vereinfachung des Steuerrechts und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des

Steuersystems. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft: „Das Ergebnis sollte so überzeugend sein, daß sich – unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl 2006 – jeder Finanzminister fast schon verpflichtet fühlt, darauf zurückzugreifen!“



Politik und Wissenschaft: Minister Gernot Mittler, Prof. Raffelhüschen, Prof. Herzig (v.l.)

Die unabhängige wissenschaftliche Lenkungsgruppe hat bei ihrer konstituierenden Sitzung am 14. Juli in Berlin im Rahmen



Co-Vorsitzender: Prof. Johann Eekhoff.

men einer Doppelspitze Prof. Dr. Joachim Lang (Universität Köln) zum Vorsitzenden und Prof. Dr. Johann Eekhoff (Kronberger Kreis) zum Co-Vorsitzenden bestimmt. Weitere Mitglieder sind: Prof. Dr. Juergen B. Donges, Prof. Dr. Norbert Herzig, Prof. Dr. Johanna Hey, Prof. Dr. Manfred Mössner, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Prof. Dr. Thomas Rödder, Prof. Dr. Roman Seer sowie Prof. Dr. Franz Wassermeyer, Vorsitz am Bundesfinanzhof.

Bis Herbst 2005 will die Kommission erste konkrete Vorschläge für eine Reform des Einkommensteuerrechts, für eine Reform der Unternehmensbesteuerung unter Einschluß von europäischem und internationalem Recht und für eine Reform der Kommunal финанzen entwerfen. Der Vorsitzende der Lenkungsgruppe, Prof. Dr. Lang, unterstrich bei der Konstituierung den rechtspraktischen Ansatz: „Es geht um Steuertechnik, nicht um Steuerpolitik.“

Blickwinkel

Einblick (S. 2, 3)

Stiftung Marktwirtschaft intern: Vorstellung(en) des neuen Vorstands

Durchblick (S. 4, 5)

Schwerpunkte unserer Arbeit: Kündigungsschutz-Studie des Kronberger Kreises, Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistik

Rückblick (S. 6, 7)

Tagungen und Expertengespräche: Für ein zukunftsfestes Gesundheitssystem, Stiftungsallianz „Bürgernaher Bundesstaat“

Ausblick (S. 8)

Projekte in Vorbereitung: Tagungen und Publikationen der Stiftungsallianz „Bürgernaher Bundesstaat“

Seitenblick (S. 3–8)

Im Spiegel der Presse
Ausgewählte Medienresonanzen der Stiftung Marktwirtschaft

Beraten werden die Wissenschaftler von einem politischen Beirat, der eine offene Kommunikation mit den Parteien ermöglicht. Ihm gehören bislang an: Dr. Manfred Busch, Kämmerer von Wesel (Bündnis 90/Die Grünen), Friedrich Merz MdB, Stv. Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (CDU), Gernot Mittler MdL, Finanzminister von Rheinland-Pfalz (SPD) sowie Dr. Hermann Otto Solms MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages (FDP).

Die Marktwirtschaft wiederentdecken

Vorstellung(en) des neuen Stiftungsvorstands

Die Zeit ist reif — für mehr Freiheit, für mehr Marktwirtschaft, für mehr Leistungsgerechtigkeit. Die Stiftung Marktwirtschaft liegt mit ihren zentralen Botschaften richtig. Wir müssen ihnen mehr Gehör verschaffen, um

wieder zu einem marktwirtschaftlichen System mit sozialem Gewissen zu finden und mit dem Trend zur Staatswirtschaft zu brechen, ein überzeugendes Plädoyer für die ordnende Funktion von Markt und Wettbewerb jeweils aktuell mit konkreten Anregungen zu verbinden, auch neue Anreizsysteme für Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung zu entwickeln gegen lähmende Umverteilung im Sinne vermeintlicher „sozialer Gerechtigkeit“, der Ordnungspolitik und dem Denken in Gesamtzusammenhängen zu größerem Ansehen zu verhelfen, mit zupackendem Optimismus den Blickwinkel von Risiken weg und zu Chancen hin zu verändern.

Unser Leitbild im Auftreten soll das Motto „Fortiter in re, suaviter in modo“ sein: Multiplikatoren müssen überzeugt und die Menschen mitgenommen, in der Sache aber muß gestritten werden. Deshalb wird die Stiftung Marktwirtschaft unaufgeregt wie ungeschminkt auch Dinge beim Namen nennen, die andere schön reden, und Vorschläge machen, zu denen andernorts vielleicht der Mut fehlt. Auf Überparteilichkeit und Verbandsneutralität wird dabei weiterhin größtes Augenmerk liegen! Unsere kritische Begleitung gilt den Dirigisten, Eta-tisten und Umverteilern in allen Parteien und Organisationen. Ermutigen wollen wir diejenigen, die Vertrauen in die Menschen haben statt sie zu entmündigen, die Mut zur Freiheit und zum Wettbewerb haben statt durch einen hypertrophen Staat Eigeninitiative, Engagement, Kreativität, Verantwortungsbewußtsein, Risiko- und Leistungsbereitschaft zu lähmen. Es ist jede Anstrengung wert, einen Beitrag dazu zu leisten, daß unser Land den Weg aus seiner tiefen Strukturkrise heraus findet und das eigene Potential erschließt.



Plädiert für eine Renaissance der Marktwirtschaft: Dr. Michael Eilfort.

Freunde, Förderer und alle, die unsere Arbeit verfolgen, unterstützen und sich uns verbunden fühlen, dürfen bei alledem erwarten, daß ihr Interesse, ihre ideelle wie materielle Unterstützung der Berliner Mannschaft Verpflichtung sind. Für Unterstützung, Wohlwollen und nicht nachlassendes Werben für die gemeinsamen Überzeugungen sind wir dankbar. Über Anregungen, Kritik und Ermutigung freuen wir uns und wollen vor allem den persönlichen Kontakt suchen und pflegen!

Inhaltlich gilt es, auch im Interesse der Kontinuität und Profilbildung klare Schwerpunkte zu setzen. Besonderes Gewicht sollte neben den marktwirtschaftlichen Grundüberzeugungen und der umfassenden Reform des föderalen Systems dem Arbeits„markt“, den sozialen Sicherungssystemen — auch im Hinblick auf die Demographie —, und dem Steuersystem zukommen.

Der Schlüssel zur Überwindung der deutschen Krankheit ist ein Arbeits„markt“, der seinen Namen verdient und Wachstum fördert statt behindert. Die alleinige Fokussierung auf die Arbeitsplatzinhaber jedenfalls hat zu der Blockade geführt, die wir beklagen. Die Mauern, die um die bestehenden Arbeitsplätze zementiert wurden, wirken eben nach beiden Seiten. Jede Umstrukturierung wird erschwert und die Beschäftigungsschwelle erhöht — ein

Grund für die Deindustrialisierung, wie wir sie derzeit mit dem Verlust von monatlich zehntausenden Produktions-Arbeitsplätzen in Deutschland erleben. Bei aller Begeisterung für die Dienstleistungsgesellschaft: Wir können auf Dauer nicht davon leben, uns gegenseitig die Haare zu schneiden.

Die alte wie die seit 1998 amtierende Bundesregierung haben die Rahmenbedingungen der Arbeit eher vernachlässigt und stattdessen die Bewirtschaftung der Arbeitslosigkeit und die kreative Buchführung bei den Arbeitslosenzahlen auf die Spitze getrieben. Fast jeden Monat belegt dies die Analyse der Arbeitsmarktzahlen durch die Stiftung. So werden heute in Deutschland auf allerhöchstem administrativen Niveau, aber praktisch ohne Aussicht auf Besserung, Arbeitslose verwaltet, vor allem Langzeitarbeitslose und geringer Qualifizierte. Um diese Arbeitslosigkeit herum hat sich eine „Sozialindustrie“ etabliert, die zum Teil davon lebt, daß das Problem eben nicht gelöst wird. Warum also nicht auch darüber nachdenken, ob Arbeitslosigkeit statt mit einer an sich selbst erstickenden Mammutbehörde nicht besser mit einer konsequenten Orientierung an den

Werdegang Dr. Michael Eilfort

1963 Geburt in Kiel
 1983 Abitur in Stuttgart
 1983 - 1985 Wehrdienst
 1985 - 1991 Studium der Politikwissenschaften und Romanistik in Tübingen und Paris, Dissertation „Die Nichtwähler“
 1992 - 1993 Wissenschaftlicher Referent im Deutschen Bundestag
 1994 - 2000 Erst Parlamentarischer Berater im Landtag B-W, ab 1996 Referatsleiter „Reden/Politikberatung/Arbeitsprogramm der Landesregierung“ im Staatsministerium Baden-Württemberg
 2000 - 2004 Leiter des Büros erst des Unions-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz MdB, dann des stellv. Vors. mit dem Arbeitsbereich „Wirtschaft, Arbeit, Mittelstand, Finanzen und Haushalt“
 Seit 1994 Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft an der Univ. Tübingen, seit 1996 auch an der Universität Freiburg



Bei der Veranstaltung zum 1. Mai: Dr. Michael Eilfort, Nikolaus Schweickart, Kuratoriumsvorsitzender und Prof. Theo Siegert, Vorsitzender des Stiftungsrats.

Leitlinien Wettbewerb und Subsidiarität anzugehen ist? Gleiches gilt für andere Themen, die nicht nur aufgegriffen, sondern zum Teil erst enttabuisiert werden müssen: Es bedarf einer beschäftigungsfreundlichen Korrektur des Kündigungsschutzes — der Kronberger Kreis hat dazu eine vielbeachtete Studie vorgelegt. Und es bedarf einer Erweiterung des Günstigkeitsprinzips, um betriebliche Bündnisse für Arbeit zu erleichtern. Dabei dürfen auch längere Arbeitszeiten kein Tabu sein. Wir werden uns auch weiterhin damit beschäftigen, wie in Deutschland wieder Vollbeschäftigung erreichbar ist.

Ebenfalls über mehrere Jahrzehnte und mehrere Bundesregierungen sind die Strukturen der sozialen Sicherungssysteme aus dem Ruder gelaufen. Durch massive und beschäftigungsfeindliche Fehlanreize waren Kostenexplosionen geradezu vorprogrammiert. Mit der Einführung der Pflegeversicherung als Umlagesystem wurde leichtfertig eine weitere Erhöhung der Lohnzusatzkosten in Kauf genommen, aus der Ausnahme „Hilfe zur Selbsthilfe“ wurde allzu oft die dauerhafte Alimentation. Und wo man mit „Kombilohn“ aus Sozialhilfe und Schwarzarbeit schnell im Vorteil gegenüber dem Netto des regulär Beschäftigten ist, entgleist das Leistungsprinzip völlig. Ob „Hartz IV“ daran etwas zu ändern vermag, werden wir kritisch verfolgen. Das Thema Staatsschulden werden wir jenseits der Tagespolitik und des jeweiligen Bundeshaushalts bald angehen und bei Rente, Gesundheit und Pflege uns weiter für Kapitaldeckung und Wettbewerb stark machen. Es

ist erfreulich, daß der Vorschlag des Kronberger Kreises zur Krankenversicherung zunehmend aufgegriffen wird, ein Entwurf zur Pflegeversicherung folgt in diesem Herbst.

Auch im Steuerrecht ist es höchste Zeit, das Richtige für alle und nicht mehr nur das Beste für jeweils einige zu tun. Unser Steuersystem muß einfacher, transparenter und vor allem international wettbewerbsfähig werden. Es muß endlich wieder greifende Anreize zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft setzen. Hilfreich wäre, wenn die Verunsicherung der Investoren wie der Konsumenten nicht durch immer neue Diskussionen über noch zusätzliche Steuern und Abgaben angeheizt würde.

Politik hat eine eingebaute Neigung zum „Steuern mit Steuern“. Die notwendige Diskussion über einen Neubeginn muß deshalb von Institutionen wie der Stiftung Marktwirtschaft mitgeprägt werden. Wir wollen konkrete Taten bzw. einen konkreten Gesetzentwurf folgen lassen: Am 14. Juli hat sich auf unsere Initiative die Kommission „Steuergesetzbuch“ konstituiert. Es bedarf eines radikalen Bruchs mit dem unüberschaubar gewordenen Steuerrecht. Nur ein ordnungspolitisch fundiertes, in sich schlüssiges Gesamtkonzept von der Einkommen- bis zur Unternehmensteuer kann am Ende verständlich, gerecht und nachvollziehbar sein. Nur so werden Steuerpflichtige sich nicht mehr bemüßigt sehen, Zeit und Energie auf Steuervermeidungsstrategien zu verwenden, statt auf das Erzielen von Einnahmen. Es gibt also genug anzupacken!

Seitenblick

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

Blaupause für die nächste Legislaturperiode

Jens Tartler berichtete über das neue Projekt der Stiftung Marktwirtschaft für eine grundlegende Steuerreform: „Eine Gruppe von zehn renommierten Wissenschaftlern und Praktikern sowie vier Politikern soll der nächsten Bundesregierung einen Gesetzentwurf für eine grundlegende Steuerreform liefern“ (19. Juli 2004).

Handelsblatt

Allparteien-Gruppe entwirft Programm für Steuerreform

Donata Riedel schrieb ebenfalls über das Projekt: „Beim Thema Steuerreform herrscht Stillstand sowohl bei CDU und CSU als auch bei SPD und Grünen. Der Stiftung kommt es darauf an, den Veränderungsdruck aufrecht zu erhalten“, zitierte sie Dr. Michael Eilfort (19. Juli 2004).

Wirtschafts Woche

Steuerwettbewerb in der Europäischen Union

Sven Afhüppe wies in einem Artikel über Steuerwettbewerb in der Europäischen Union auch auf das neue Steuerprojekt der Stiftung Marktwirtschaft hin (15. Juli 2004).

Handelsblatt

Wirtschaft hofft auf eine Steuerreform

In einem zweiten Artikel schilderte Handelsblatt-Redakteurin Donata Riedel die positiven Reaktionen der Wirtschaft auf das Steuerprojekt der Stiftung Marktwirtschaft: „Aus der Sicht der Industrie würden wir es begrüßen, wenn die Politik es zunächst einem sachverständigen Gremium überläßt, Lösungsvorschläge zu erarbeiten“, würdigte Michael Rogowski, Präsident des BDI, die Stiftungsinitiative (22. Juli 2004).

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine

Der Kündigungsschutz hilft nur den Starken

Nico Fickinger stellte in der Rubrik „Neue Bücher“ die Studie des Kronberger Kreises vor und würdigte sie als „knapp, präzise und verständlich.“ (21. Juni 2004). Bereits am 22. Mai hatte er über die Studie berichtet.

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

Franz: Vertragsfreiheit statt Richterrecht

Prof. Dr. Wolfgang Franz, Kronberger Kreis, forderte in seinem FTD-Gastkommentar, Arbeitgebern und Beschäftigten eigene Vereinbarungen zum Kündigungsschutz zu erlauben. So könnten bisher fast Chancenlose freiwillig auf den Kündigungsschutz verzichten. „Das hört sich bitter an“, so Franz, „aber arbeitslos zu bleiben ist noch bitterer.“ (8. Juni 2004).

Handelsblatt

Faule Kompromisse beim Kündigungsschutz

Prof. Dr. Johann Eekhoff, Sprecher des Kronberger Kreises, bezog sich in einem Gastkommentar ebenfalls auf die Kündigungsschutz-Studie des Kronberger Kreises (21. Mai 2004).



Kronberger Kreis plädiert für flexibleren Kündigungsschutz

Die Regelungen des Kündigungsschutzes sind ein Paradebeispiel für die Überregulierung des deutschen Arbeitsmarktes. Sowohl die gesetzliche Ausgestaltung als auch das Verhalten der Arbeitsgerichte führen dazu, daß der Kündigungsschutz einen erheblichen Kostenfaktor für die Unternehmen darstellt. Daran können auch die Anfang des Jahres in Kraft getretenen Reformmaßnahmen kaum etwas ändern.

Ursprünglich als soziale Schutzmaßnahme für Arbeitnehmer gedacht, verkehrt sich der Kündigungsschutz so gesamtwirtschaftlich in sein Gegenteil. Da die Unternehmen die Kosten des Kündigungsschutzes schon bei ihrem Einstellungsverhalten berücksichtigen, verringern sie ihre Arbeitsnachfrage. Vor allem Arbeitslose und Menschen mit Vermittlungshemmnissen bekommen das zu spüren. Für sie stellt der gesetzliche Kündigungsschutz oft eine kaum überwindbare Hürde dar. In seiner neuen Studie „Flexibler Kündigungsschutz am Arbeitsmarkt“ hat der Kronberger Kreis die negativen Auswir-

kungen des Kündigungsschutzes analysiert und einen konsensfähigen Reformvorschlag entwickelt, der Teil einer umfassenden Strategie zur Belegung des Arbeitsmarktes sein sollte.

Zentrales Element ist die Stärkung der individuellen Vertragsfreiheit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Danach sollen bei neu beginnenden Arbeitsverhältnissen – und nur bei diesen – die Vertragsparteien im beiderseitigen Einvernehmen vom gesetzlichen Kündigungsschutz abweichen können. Individuell könnten sie dann eine alternative Regelung aushandeln, beispielsweise einen Vertrag mit kurzer Kündigungsfrist, aber höherer Entlohnung. Dieses Plus an individueller Freiheit würde zu deutlich mehr Flexibilität und Dynamik auf dem Arbeitsmarkt führen. Gerade die vom Kündigungsschutz besonders benachteiligten Arbeitslosen könnten so ihre Jobchancen erhöhen.

Kronberger Kreis: „Flexibler Kündigungsschutz am Arbeitsmarkt“. Studien des Kronberger Kreises Nr. 41, Stiftung Marktwirtschaft, Mai 2004.

Stiftung Marktwirtschaft zeigt Defizite der Europapolitik auf

Wie können die Entscheidungsstrukturen in der Europäischen Union effizienter gestaltet werden? Wie kann die politische Kontrolle durch die Bürger gestärkt und für mehr Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten gesorgt werden? Diesen Fragen ist die Stiftung Marktwirtschaft im Vorfeld der Europawahl nachgegangen und hat zwei Maßnahmenkataloge erarbeitet, in denen die zentralen Problemfelder europäischer Politik analysiert und Lösungswege aufgezeigt werden. Die erste Publikation widmet sich dem europäischen Binnenmarkt und behandelt die Themen Arbeit und Soziales, Wettbewerb und Steuern. Der zweite Beitrag befaßt sich mit der föderalen

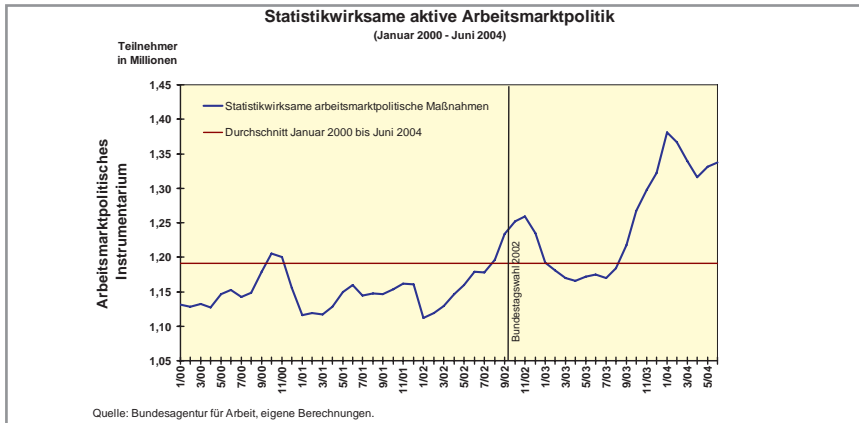
Ordnung Europas und thematisiert Fragen der institutionellen Ordnung, der Finanzverfassung und der EU-Erweiterung. Daß die zentralen Defizite der gegenwärtigen europäischen Kompetenzordnung auch durch die neue europäische Verfassung nicht behoben werden, zeigt die Stiftung Marktwirtschaft in einer weiteren Publikation. Danach ist auch nach Verabschiedung der neuen Verfassung mit einer weiteren schleichenden Zentralisierung von Kompetenzen im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik zu rechnen. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, müssen die Zuständigkeiten zwischen Union und Mitgliedstaaten neu aufgeteilt

und Kompetenzen auf die Mitgliedstaaten zurückübertragen werden, fordern die Autoren.

Europa vor der Wahl I - Verwirklichung des Binnenmarktes, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 84, Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.

Europa vor der Wahl II - Weiterentwicklung der föderalen Ordnung, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 85, Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.

Der neue europäische Verfassungsvertrag: Zentralisierungstendenzen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 87, Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.



Wieviele Arbeitslose haben wir wirklich?

Mehr als zwei Drittel der Deutschen sehen in der Arbeitslosigkeit die drängendste gesellschaftliche Herausforderung. Angesichts der sich seit Jahren verfestigenden Massenarbeitslosigkeit ist dies kein Wunder. Monat für Monat wird die Zahl der Arbeitslosen von der Bundesagentur für Arbeit (BA) personengenau ausgewiesen.

Doch ist die Zahl der Arbeitslosen wirklich so eindeutig zu bestimmen, wie die Statistik vorgibt? Dieser Frage geht Dr. Guido Raddatz, Arbeitsmarktpolizist der Stiftung Marktwirtschaft, in einer im April veröffentlichten Untersuchung nach. Am Beispiel der unterschiedlichen Konzepte der Bundesagentur für Arbeit und der International Labour Organisation (ILO) zeigt er, daß ein und derselbe Sachverhalt, die Lage auf dem Arbeitsmarkt, mit ganz unterschiedlichen Arbeitslosenzahlen beschrieben werden kann. Voneinander abweichende

Abgrenzungen, wer als arbeitslos gezählt wird, sowie verschiedenartige Erhebungskonzepte führen dazu, daß die von der BA ausgewiesene Arbeitslosenzahl um durchschnittlich 500.000 höher ausfällt als die Arbeitslosenzahl nach dem Konzept der ILO. Neben diesen konzeptionellen Unschärfen ist die Zahl der Arbeitslosen auch politisch gestaltbar. Aufgrund einer Vielzahl von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden gegenwärtig rund 1,3 Mio. Arbeitslose aus der Statistik herausgerechnet (vgl. Grafik). All dies führt dazu, daß man nicht von einer „wahren“ Arbeitslosenzahl sprechen kann. Vielmehr läßt erst die Kombination verschiedener statistischer Größen fundierte Aussagen über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu.

Die Arbeitslosenstatistik - zwischen konzeptioneller Unschärfe und politischer Manipulierbarkeit, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 86, Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.

Reformkonzept für die föderale Finanzverfassung

In einer aktuellen Veröffentlichung hat die Stiftung Marktwirtschaft ein Konzept für die föderale Finanzverfassung in Deutschland entwickelt. Damit will sie politischen Entscheidungsträgern konsensfähige Reformmöglichkeiten für ein Thema aufzeigen, das aufgrund der Interessengegensätze zwischen finanzstarken und -schwachen Bundesländern in der Föderalismuskommission ausgeklammert wurde. Der Autor Gerhard Schick berücksichtigt deshalb insbesondere die Anliegen der finanzschwachen Bundesländer. Er plädiert für die Entflechtung der Zuständigkeiten

bei den kleinen Steuern (Erbsteuer, Grundsteuer etc.). Bei den großen Verbundsteuern (Umsatz- und Einkommensteuer) schlägt er vor, den Tarif jeweils in einen Bundes- und einen Ländertarif aufzuspalten. Der gegenwärtige Finanzkraftausgleich soll, so Schick, in einen Wirtschaftskraftausgleich umgewandelt werden. So erhielten Bund und Länder zusätzliche Handlungsspielräume.

Bundesstaatsreform II: Bessere Politik durch eine transparente und effiziente Finanzverfassung, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 83, Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.

Seitenblick

Börsen-Zeitung

Erhoffte Trendwende auf dem Arbeitsmarkt blieb aus

Stephan Lorz zitierte aus der Analyse der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Stiftung Marktwirtschaft, die Mai-Arbeitslosenzahlen seien zwar saisonbereinigt geringer angestiegen als im Vormonat, doch dies entspreche in der Größenordnung dem Zuwachs bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Es sei also keine Besserung auszumachen (9. Juni 2004).

Handelsblatt

Keine Erholung am Arbeitsmarkt in Sicht

Petra Schwarz schrieb: „Aus Sicht der Stiftung Marktwirtschaft war die Arbeitslosigkeit im Mai höher als statistisch ausgewiesen. Insgesamt wurden rund 1,3 Millionen Arbeitslose auf Grund ihrer Teilnahme an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht in der offiziellen Statistik erfaßt.“ (10./11. Juni 2004). Bereits im April hatte sich das Handelsblatt auf die monatliche Analyse der Stiftung bezogen (Titelseite, 7. April).



Studie: Fast sechs Millionen ohne Job

„Statt offiziell 4,5 sind mindestens 5,8 Millionen Menschen in Deutschland ohne Job, hat die Stiftung Marktwirtschaft errechnet“, so Christian Plöger. Zur aktiven Arbeitsmarktpolitik zitierte er Dr. Guido Raddatz: „Ob diese Betroffene wirklich in Lohn und Brot führt, ist kaum erwiesen.“ (6/2004).



Fünf Fehler der Arbeitslosenversicherung

Guido Raddatz nahm in einem Gastkommentar Stellung zu den Schwächen der Arbeitslosenversicherung. Er forderte u.a. eine Karenzzeit sowie die degressive Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes I (April 2004).

Seitenblick



Übertragung der Gesundheitstagung

Der Fernsehsender PHOENIX übertrug große Teile der Gesundheitstagung der Stiftung Marktwirtschaft leicht zeitversetzt. Gesendet wurden Vorträge von Horst Seehofer, Prof. Johann Eekhoff (Kronberger Kreis), Prof. Karl W. Lauterbach sowie Prof. Bert Rürup (18. Mai 2004). Eine Zusammenfassung zeigte der Sender am folgenden Tag (19. Mai 2004).



Studiogespräch mit Professor Manfred J.M. Neumann

Für ein Streitgespräch zur Frage „Bürgerversicherung oder Gesundheitsprämie?“ lud Ralf Bremer, Chef vom Dienst für Wirtschaft bei n-tv, Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann (Kronberger Kreis) sowie Prof. Dr. Dr. Karl W. Lauterbach als Studiogäste ein (18. Mai 2004).

Neue Zürcher Zeitung
Deutsche Modelle zur Gesundheitsreform

Peter Ràsonyi, Deutschland-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, berichtete in einem Hintergrundartikel über Modelle zur Gesundheitsreform in Deutschland. Darin wies er auch auf das Modell des Kronberger Kreises hin (22. Juni 2004).



Gerhard Schick Studiogast zum Thema „Lohnniveau“

Dr. Gerhard Schick äußerte sich als Studiogast zur Bedeutung der Lohnkosten für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Er betonte, es seien flexible Lösungen in den Betrieben notwendig, abhängig von der jeweiligen Produktivität (1. Juli 2004).

Tagung in Berlin:
Für ein zukunftsfestes
Gesundheitssystem

Aktuelle politische Vorschläge, wie eine langfristig tragfähige und wettbewerbsorientierte Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens aussehen könnte, standen im Mittelpunkt der Tagung „Alternativen zur einkommensabhängigen Bürgerversicherung: Für ein zukunftsfestes Gesundheitssystem“. Auf dieser Tagung der Stiftung

Marktwirtschaft diskutierten am 18. Mai in Berlin renommierte Experten und Gesundheitsökonominnen, wie die zu erwartenden finanziellen Herausforderungen durch die demographische Entwicklung und den medizinisch-technischen Fortschritt in den kommenden Jahrzehnten am besten zu bewältigen sind.

Neben der einkommensabhängigen Bürgerversicherung, für die vor allem Prof. Dr. Dr. Karl W. Lauterbach eintrat, standen das von Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup favorisierte Konzept pauschaler Gesundheitsprämien sowie die von Prof. Dr. Johann Eekhoff und Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann propagierte Reformalternative des



Diskutierten angeregt: Moderator Frank Thewes, Dr. Michael Eilfort, Prof. Manfred J.M. Neumann, Prof. Johann Eekhoff und Prof. Bert Rürup (v.l.n.r.).

Kronberger Kreises — inzwischen in weiten Teilen von der FDP übernommen — im Zentrum der Diskussion.



Wies auf Umsetzungsprobleme hin: Horst Seehofer, Gesundheitsminister a.D.



Trat für die Bürgerversicherung ein: Prof. Dr. Karl W. Lauterbach.

Der einführende Vortrag von Horst Seehofer verdeutlichte jedoch, welche beträchtlichen Hürden eine grundlegende Gesundheitsreform überwinden muß. So wies der ehemalige Bundesgesundheitsminister darauf hin, daß bei vielen der im politischen Prozeß beteiligten Interessenvertretern eine beträchtliche Diskrepanz bestünde zwischen der Forderung nach mehr Wettbewerb und der Bereitschaft, diesen Wettbewerb auch tatsächlich zu realisieren. Allerdings zeigte sein Vortrag auch, daß auf politischer Seite erhebliche Bedenken bestehen, für eine langfristig sinnvolle Reform einzutreten, wenn diese kurzfristig unpopulär ist und erhoffte Wahlsiege gefährdet.

Referenten der Tagung

- Prof. Dr. Johann Eekhoff, Universität zu Köln, Kronberger Kreis
- Prof. Dr. Dr. Karl W. Lauterbach, Universität zu Köln
- Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, Universität Bonn, Kronberger Kreis
- Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup, Technische Universität Darmstadt
- Horst Seehofer, Bundesgesundheitsminister a.D., stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Frank Thewes, Focus-Parlamentsredaktion (Moderation)



Gegen Selbstentmündigung der Landtage: Dr. Klaus Hahnzog, Prof. Ursula Männle, Winfried Kretschmann und Prof. Roland Sturm.

Machtfragen gehören nicht in die Bundesstaatskommission

Durch öffentlichen Druck die Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung zu mutigen Reformen zu motivieren, dies ist Anliegen der Stiftungsallianz „Bürgerhafter Bundesstaat“. Nach ihrer erfolgreichen Auftaktveranstaltung mit Johannes Rau, Bundespräsident a.D., widmete sie sich in weiteren Veranstaltungen Reformthemen der bundesstaatlichen Ordnung.

Bei der zweiten Veranstaltung „Verantwortlich – handlungsfähig – bürgernah: Wege zur Aufgabenentflechtung im Bundesstaat“, die die Stiftungsallianz „Bürgerhafter Bundesstaat“ am 19. Mai im Haus der Geschichte in Bonn ausrichtete, kritisierte Dr. Gerhard Schick, die Interessen der Bürger spielten in der Reformdiskussion keine Rolle. Dadurch werde es sehr unwahrscheinlich, daß das Reformergebnis zur Überwindung der Entfremdung zwischen Bürger und Politik beitrage, indem es die Aufgaben von Bund und Ländern wieder klar trenne. Als weiteres Reformhemmnis wurde von den Experten, darunter der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Prof. Dr. Ernst Benda, der zu enge Handlungsauftrag der Bundesstaatskommission bezeichnet.

Die Veranstaltung „Föderalismusreform in Deutschland: Reform der Institutionen und die Rolle der Landtage“ am 22. Juni im Bayerischen Landtag in München zeigte die Ursachen für die geringe Bedeutung der Landtage auf: Teils,

so der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Dr. Michael Eilfort, beruhe sie auf tatsächlich zu geringen Kompetenzen der Landtage, teils auf deren Selbstentmündigung, wenn z.B. aktuelle Debatten mit Bundesthemen bestritten werden. Nicht zuletzt, so betonte Landtagspräsident Alois Glück, beruhe das Urteil, die Landtage seien machtlos, aber auch auf einer Fehleinschätzung: „Es ist nicht so, daß wir nichts zu entscheiden hätten.“ Als zentrales Reformhemmnis bezeichneten die anwesenden Experten die Überlagerung der Reformdiskussion durch die Versuche der einzelnen Akteure, ihre Machtposition im Bundesstaat zu sichern oder zu verbessern. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im baden-württembergischen Landtag, Winfried Kretschmann, forderte zu einem konstruktiven Dialog über die Reform der bundesstaatlichen Ordnung auf: „Die Machtfragen gehören in die Tagespolitik.“



Zu enger Handlungsauftrag der Föderalismuskommission: Prof. Ernst Benda und Dr. Gerhard Schick.

Seitenblick

General-Anzeiger

Vom Nullsummenspiel zur Gewinnsituation

Im Beitrag über die Tagung der Stiftungsallianz in Bonn zitierte Katharina Heimeier Dr. Gerhard Schick zum Dilemma des Föderalismus: „Was der Bund mehr an Verantwortung bekommt, muß man den Ländern wegnehmen.“ (20. Mai 2004).



Bericht über Stiftungsallianz

In der Nachrichtensendung „Rundschau-Magazin“ berichtete das Bayerische Fernsehen über die Veranstaltung der Stiftungsallianz in München (22. Juni 2004).

Frankfurter Allgemeine

Umfassende Reform notwendig

Dr. Manfred Schäfers, Leiter der FAZ-Parlamentsredaktion, berichtete über die Position der Stiftung Marktwirtschaft zur Föderalismus-Reform. Sie fordere „weitergehende Reformansätze: einen Umbau des Bundesrats, die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgaben und eine Neuverteilung des Steueraufkommens“ (14. April 2004).



Gerhard Schick zum Thema Föderalismus

In einem mehrseitigen Beitrag zeigte Dr. Gerhard Schick Perspektiven für eine bundesdeutsche Finanzverfassung auf, welche Bund und Ländern jeweils mehr Spielraum für eigene politische Entscheidungen einräumen (April-Ausgabe 2004).



Durch Föderalismusreform mehr Steuereffizienz erreichen

Clickmall berichtete über die Forderung der Stiftung Marktwirtschaft, im Rahmen der Föderalismusreform für mehr Effizienz bei der Steuererhebung zu sorgen (9. Juli 2004).

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine
ALLE TAGE FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK

Stiftung warnt vor**Zentralisierung der Sozialpolitik**

Patrick Welter berichtete ausführlich über die Studie der Stiftungsmitarbeiter Gerhard Schick und Marco Holtz „Der neue europäische Verfassungsvertrag: Zentralisierungstendenzen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik“: Die Verfassung beinhalte in diesen Bereichen eine Tendenz zur Zentralisierung. Dies behindere das Wett-eifern um die beste Politik. „Ordnungspolitisch geboten sei es dagegen“, so zitierte Welter, „die Zuständigkeiten in diesem Bereich zwischen den Mitgliedstaaten und der EU neu aufzuteilen mit dem Ziel, Kompetenzen an die Mitgliedstaaten zurückzuübertragen. Nur in wenigen Bereichen wie dem Wanderarbeitnehmerrecht seien ganz Europa erfassende Regularierungen erforderlich, heißt es in dem Papier“ (24. Juni 2004).

**Folgen des EM-Mißerfolgs für die deutsche Wirtschaft**

Dr. Michael Eilfort nahm für N24 Stellung zu „Die Folgen der glücklosen Fußball-EM für Deutschlands Wirtschaft“. Seine Antwort: In beiden Fällen solle man sich nicht entmutigen lassen, für Verbesserungen kämpfen. Deutschland wie seine National-elf bräuchten Bewegung statt Stillstand, Risikobereitschaft statt Sicherheit(sfußball) (25. Juni 2004).

**Michael Eilfort in Top 500 vorgestellt**

Im neuerschienenen Buch des Berliner Plötz-Verlags „Top 500“, das 500 Persönlichkeiten aus Berlin präsentiert, wird auch der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Dr. Michael Eilfort, mit seinem Lebenslauf vorgestellt.



Die zwanzigste Überraschung

Pläne der Stiftungsallianz

Die Stiftungsallianz „Bürgerhaushalt“ setzt ihre Veranstaltungsreihe am 23. September in Magdeburg fort. Diese Tagung widmet sich der Reform der Finanzverfassung sowie der Bildungs- und Forschungspolitik. Referieren werden u.a. der Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung, Otto Graf Lambsdorff, der Vorstand der Ludwig-Erhard-Stiftung, Hans D. Barbier, sowie die Föderalismus-Experten Prof. Dr. Gisela Färber, Prof. Dr. Wolfgang Renzsch und Volker Kröning MdB.

Außerdem wird die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Hanns-Seidel-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung die Schriftenreihe „Forum Föderalismus“ mit einer Studie von Prof. Dr. Lars P. Feld fortsetzen. Sie setzt sich mit der Frage auseinander, welche Erfahrungen die Schweiz mit dem Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen gemacht hat und ob diese Erfahrungen auf Deutschland übertragbar sind.

EU-Werbeverbote: Schutz oder Bevormundung?

Bereits heute führen Werbeverbote in vielen Branchen zu einer deutlichen Beschränkung der unternehmerischen Freiheit. Weitere Einschränkungen der Werbefreiheit sind geplant: So will die Europäische Kommission in Zukunft gesundheitsbezogene Werbeaussagen im Lebensmittelbereich strikt reglementieren und einem Genehmigungsvorbehalt unterwerfen.

In einer im Sommer erscheinenden Publikation wird die Stiftung Marktwirtschaft die ordnungspolitische Berechtigung derartiger Verbote prüfen und die Gefahren einer Überregulie-

rung für die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit der Konsumenten und die Werbefreiheit insgesamt aufzeigen.

Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
 Charlottenstr. 60
 10117 Berlin
 verantwortlich: Dr. Michael Eilfort
 Redaktion: Dr. Katrin Schnettler
 Tel.: (030) 206057-0
 Fax: (030) 206057-57
 www.stiftung-marktwirtschaft.de
 info@stiftung-marktwirtschaft.de